Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Beschlußprotokoll / Bremische Bürgerschaft, Landtag 13. Wahlperiode: 1.-74. Sitzung. (13/1 - 13/1057), 1991 -1995

22.02.1995 - Beschlußprotokoll 69. Sitzung

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
13. Wahlperiode

Beschlußprotokoll
69. Sitzung
22. 02. 95
Nr. 13/971 — 13/988

Nr. 13/971

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Möglichkeiten zur Frührehabilitation/Frühmobilisation bei Schädelhirnverletzten/Hirngefäßerkrankten im Lande Bremen
   Große Anfrage der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der FDP vom 10. Januar 1995
   (Drucksache 13/1110)
2. Fehlender Strukturwandel in der Kulturpolitik
   Große Anfrage der Fraktion der CDU
   vom 24. Januar 1995
   (Drucksache 13/1124)

Nr. 13/972

Wahl eines Mitglieds des Staatsgerichtshofs

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt

Herrn Professor Dr. Eckart K l e i n

zum Mitglied des Staatsgerichtshofs.

Nr. 13/973

Vereidigung eines Mitglieds des Staatsgerichtshofs

Das nachstehend aufgeführte Mitglied des Staatsgerichtshofs leistet gemäß § 4 Absatz 5 des Gesetzes über den Staatsgerichtshof vor der Bürgerschaft folgenden Eid:

„Ich schwöre, daß ich das mir anvertraute Amt eines Mitglieds des bremischen Staatsgerichtshofs gewissenhaft und unparteiisch ausüben, die Gesetze und rechtlichen Gewohnheiten nach meinem besten Wissen und Gewissen anwenden und mich jederzeit für die demokratische Staatsform im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen einsetzen werde."

Das Mitglied des Staatsgerichtshofs leistet den Eid mit folgenden Worten:

Professor Dr. Eckart Klein: „Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe."

Nr. 13/974

Fragestunde

1. Entwicklung privater ambulanter Pflegedienste nach Einführung der gesetzlichen Pflegeversicherung
   Anfrage der Abgeordneten Elke Steinhöfel, Dittbrenner und Fraktion der SPD vom 24. Januar 1995

2. Rindersomatotropin (BST)
   Anfrage der Abgeordneten Dr. Elisabeth Hackstein (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) vom 25. Januar 1995

3. Destruktive Kulte — Broschüre der Bremischen Evangelischen Kirche
   Anfrage der Abgeordneten Eckhoff, Kudella und Fraktion der CDU vom 27. Januar 1995

4. Wettbewerbshilfe
   Anfrage des Abgeordneten Schramm (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) vom 30. Januar 1995

5. Tierquälerische Schlachtviehtransporte zum Bremer Schlachthof
   Anfrage der Abgeordneten Dr. Elisabeth Hackstein (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) vom 31. Januar 1995

6. Im- und Export von radioaktiven Stoffen über bremische Häfen
   Anfrage der Abgeordneten Dr. Elisabeth Hackstein (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) vom 31. Januar 1995

7. Entsorgung von Fischereisalzen
   Anfrage der Abgeordneten Heise, Welke und Fraktion der FDP vom 1. Februar 1995

8. Bewirtschaftung der öffentlichen Stellplätze
   Anfrage des Abgeordneten Mützelburg und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 1. Februar 1995

9. Gefahrgut
   Anfrage des Abgeordneten Schramm (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) vom 1. Februar 1995

10. Nichtraucher-/Nichtraucherinnenschutz
    Anfrage der Abgeordneten Ute Treptow (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) vom 2. Februar 1995

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

11. Widerspruch-, Arbeits- und Sozialgerichtsverfahren
    Anfrage der Abgeordneten Herderhorst, Kudella und Fraktion der CDU vom 2. Februar 1995

Diese Anfrage hat der Senat gemäß § 31 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

12. Unnötige Kosten wegen des Tivolihochhauses
    Anfrage der Abgeordneten Ulrike Schreiber, Kudella und Fraktion der CDU vom 3. Februar 1995

Die Anfrage wird zurückgezogen.

13. Pflegeversicherung für Beamte
    Anfrage der Abgeordneten Kulla, Dittbrenner und Fraktion der SPD vom 6. Februar 1995

14. Kürzungen von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe ab 1. Januar 1995
    Anfrage der Abgeordneten Wenke, Dittbrenner und Fraktion der SPD vom 6. Februar 1995

15. „Schattenhaushalte"
    Anfrage des Abgeordneten Ruffler (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) vom 7. Februar 1995

16. Steuerrechtliche Benachteiligung Bremens
    Anfrage des Abgeordneten Ruffler (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) vom 7. Februar 1995

17. Rinderseuche
    Anfrage des Abgeordneten Blome (Gruppe der NK) vom 10. Februar 1995

18. Rinderwahnsinn
    Anfrage der Abgeordneten Dr. Elisabeth Hackstein (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) vom 10. Februar 1995

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 31 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

19. Preis von Disketten
    Anfrage der Abgeordneten Dr. Lutz, Kudella und Fraktion der CDU vom 10. Februar 1995

Die Anfrage wird zurückgezogen.

20. Bearbeitungsdauer der Beihilfe
    Anfrage der Abgeordneten Herderhorst, Kudella und Fraktion der CDU vom 10. Februar 1995

21. Seniorenbüro
    Anfrage der Abgeordneten Roswitha Erlenwein, Kudella und Fraktion der CDU vom 16. Februar 1995

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 31 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 13/975

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen/Gruppen kein Thema beantragt.

Nr. 13/976

Notwendigkeit des Verkaufes der Geschäftsanteile der Stadt Bremerhaven an der Städtischen Wohnungsgesellschaft Bremerhaven mbH (STÄWOG)

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 19. Januar 1995
(Drucksache 13/1123)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 14. Februar 1995
(Drucksache 13/1144)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 13/977

Niedersächsische Schüler an Schulen in Bremen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 7. Februar 1995
(Drucksache 13/1138)

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion der FDP
vom 21. Februar 1995
(Drucksache 13/1154)

Der Änderungsantrag der Fraktion der FDP wird von der Fraktion der CDU mit in den Hauptantrag aufgenommen.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 13/978

Niedersächsische Schülerinnen und Schüler an Schulen in Bremen
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der FDP
vom 21. Februar 1995
(Drucksache 13/1155)

Die niedersächsische Landesregierung plant, die Zuschüsse für niedersächsische Schülerinnen und Schüler an Bremer privaten Ersatzschulen zum Schuljahresbeginn 1995/96 zu streichen und zum gleichen Zeitpunkt die Ausgleichszahlungen für Schülerinnen und Schüler aus Niedersachsen an den öffentlichen Schulen des Landes Bremen mit Abfassung eines neuen Staatsvertrages zwischen beiden Bundesländern erheblich zu kürzen.

Davon betroffen sind ca. 650 Schülerinnen und Schüler an privaten Ersatzschulen und ca. 3 300 Schülerinnen und Schüler an öffentlichen Schulen, unter ihnen eine große Anzahl von Berufsschülerinnen und -schülern.

Die Bürgerschaft (Landtag) ist der Auffassung, daß das föderale Prinzip die Bundesländer Niedersachsen und Bremen verpflichtet, eine länderübergreifende Beschulung zu ermöglichen.

Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt aus diesem Grunde den Senat, in Verhandlungen mit der niedersächsischen Landesregierung umgehend eine tragfähige finanzielle Lösung zu erarbeiten, die die Möglichkeit des Schulbesuchs von niedersächsischen Schülerinnen und Schülern in Bremen gewährleistet.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat darüber hinaus auf,

1. in den Verhandlungen mit Niedersachsen zu erreichen, daß niedersächsischen Schülerinnen und Schülern an öffentlichen Bremer Schulen eine Zusicherung gegeben werden kann, daß sie den gewählten Bildungsgang an der jeweiligen Schule beenden können, ohne anfallende Schulgeldzahlungen individuell leisten zu müssen,
2. in den Verhandlungen deutlich zu machen, daß die Weigerung Niedersachsens, auf der bisherigen Grundlage den Schulbesuch niedersächsischer Schülerinnen und Schüler in bremischen Schulen zu ermöglichen, verhindert, daß zum jetzigen Zeitpunkt verbindliche Zusagen für den Zugang zu bremischen öffentlichen Schulen gegeben werden können,
3. durch niedersächsische Zahlungen sicherzustellen, daß niedersächsische Schülerinnen und Schüler an bremischen privaten Ersatzschulen ihren Bildungsweg fortsetzen können,
4. in den Verhandlungen auch für alle übrigen Schülerinnen und Schüler den Zugang zu den bremischen Privatschulen durch finanzielle Abgeltungen Niedersachsens zu ermöglichen.

Nr. 13/979

Struktur des öffentlich-rechtlichen Rundfunks erhalten
Antrag (Entschließung) der Fraktionen der SPD,
Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der FDP
vom 15. Februar 1995
(Drucksache 13/1149)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Entschließungsantrag in geänderter Fassung wie folgt zu:

Die derzeitige Struktur des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist Ausdruck der kulturellen Vielfalt der Länder und damit zugleich wesentlicher Bestandteil des föderalen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Gerade auch die kleineren Landesrundfunkanstalten — wie z. B. Radio Bremen — sind Garant der Medienvielfalt und wichtige Integrations- und Kulturfaktoren ihrer jeweiligen Region.

Angesichts der wachsenden Medienkonzentration im privatwirtschaftlichen Bereich ist die vom Bundesverfassungsgericht garantierte Bestands- und Entwicklungsgarantie für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk unverzichtbar. Dies bedeutet zugleich auch eine Finanzierungsgarantie unter den Kriterien des Bundesverfassungsgerichts.

Die Bürgerschaft (Landtag) weist daher alle Versuche, das ARD-Gemeinschaftsprogramm abzuschaffen oder die Zahl der Landesrundfunkanstalten zu reduzieren, als Demontage des öffentlich-rechtlichen Rundfunks entschieden zurück.

Die Bürgerschaft (Landtag) hält es zugleich für erforderlich, daß ARD und ZDF ihre in Ansätzen begonnene Politik der Aufwandsminderung und Effektivitätssteigerung, auch im Wege einer Programmreform, konsequent fortzusetzen. Dies gilt auch für Radio Bremen.

Nr. 13/980

Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sichern

Antrag (Entschließung) der Fraktion der CDU
vom 21. Februar 1995
(Drucksache 13/1153)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Entschließungsantrag in geänderter Fassung wie folgt zu:

1. Rundfunkpolitik ist wesentlicher Bestandteil des kulturpolitischen Gestaltungsauftrags der Länder. Die Landespolitik hat auch die Verpflichtung, sich mit Entwicklungen und notwendigen Änderungen rechtzeitig zu befassen, und kann das nicht allein den Rundfunkanstalten überlassen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt eine regionale, das heißt gespaltene Rundfunkgebühr ab.
3. Die differenzierte Struktur des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist Ausdruck der kulturellen Vielfalt der Länder und entspricht dem föderalen System der Bundesrepublik Deutschland. Dazu gehören kleine Rundfunkanstalten wie Radio Bremen, die zur Medienvielfalt beitragen und wichtige regionale und gesamtstaatliche Integrations- und Kulturfaktoren darstellen. Deshalb spricht sich die Bürgerschaft für den Erhalt von Radio Bremen aus.

Nr. 13/981

Gesetz zur Finanzierung von Wählervereinigungen

Antrag des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses
vom 21. Februar 1995
(Drucksache 13/1152)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 13/982

Gesundheitsschäden durch Alkohol

Antrag der Gruppe der NK
vom 13. Dezember 1994
(Drucksache 13/1091)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 13/983

Regelmäßige Übertragung der Bürgerschaftssitzungen im öffentlich-rechtlichen Fernsehen

Antrag (Entschließung) der Gruppe der NK
vom 13. Dezember 1994
(Drucksache 13/1092)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 13/984

Würdigung der Befreiung Bremens von der kommunistischen „Räterepublik" 1919 durch Dokumentationen der Landeszentrale für politische Bildung

Antrag der Gruppe der DVU
vom 7. Februar 1995
(Drucksache 13/1132)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 13/985

Angemessenes Kindergeld

Antrag der Gruppe der DVU
vom 7. Februar 1995
(Drucksache 13/1133)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 13/986

8. Mai kein Tag der Befreiung

Antrag (Entschließung) der Gruppe der DVU
vom 7. Februar 1995
(Drucksache 13/1134)

Der Antrag wird zurückgezogen.

Nr. 13/987

Schluß mit Lügen gegen Rechte

Antrag (Entschließung) der Gruppe der DVU
vom 7. Februar 1995
(Drucksache 13/1135)

Der Antrag wird zurückgezogen.

Nr. 13/988

Soldaten sind keine Mörder

Antrag (Entschließung) der Gruppe der DVU
vom 7. Februar 1995
(Drucksache 13/1136)

Der Antrag wird zurückgezogen.

Druck: Hans Krohn, Bremen